

# SCHÜLERBEFÖRDERUNG, SCHULSOZIALARBEIT UND SPRACHBILDUNG

Am 9. Juli 2019 hat Stadträtin Gerlinde Schrempp (FL) zum Themenkomplexen Bildung, Schülerbeförderung, Jugend- und Schulsozialarbeit und durchgängige Sprachbildung im Gemeinderat für die Fraktionsgemeinschaft FL/FF folgende drei Reden gehalten:

1. zum Thema „Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Freiburg“ (hier speziell: SchülerInnenbeförderung, Drucksache G-19-141):

*Sehr geehrter  
Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

*wie schon  
mehrfach erwähnt darf aufgrund der Artikel 3 und 4 des „Starke Familien-Gesetzes“, von SchülerInnen mit Anspruch auf Leistungen der Bildung und Teilhabe in Bezug auf die Beförderung zur Schule kein Eigenanteil mehr erhoben werden. Also müssen wir beschließen, dass bis zum Ende des Schuljahres 2020/21 kein Eigenanteil an den Beförderungskosten für alle Schüler und Schülerinnen mit Anspruch auf Leistungen der Bildung und Teilhabe mehr erhoben werden darf.*

*Der ab 2013  
erhobene zumutbare Eigenanteil von in der Regel 5,00 € entfällt, obwohl dieser Eigenanteil auch die private Nutzung zuließ und aus meiner Sicht auch wirklich zumutbar war. Die Gewährung der Schülerbeförderung ohne Eigenanteil kostet die Stadt jährlich 1.288.000 €.*



Stadträtin Gerlinde Schrempf (FL)

*Es ist müßig,  
über diese Mehrbelastung der Stadt zu diskutieren, weil per Gesetz festgelegt ist,  
was die Kommune zu  
leisten hat.*

*Mir  
persönlich bereitet Folgendes ziemliche Sorgen. Die Familien, die knapp über*

*dem Limit für Leistungsempfänger liegen, das sind Bürger, die tagtäglich arbeiten gehen, schlecht oder nur mäßig verdienen, gehen leer aus, d.h. sie tragen die Kosten alle selbst und stellen sich dadurch oft schlechter als die Leistungsempfänger. Ich sehe da ein gesamtgesellschaftliches Problem auf uns zukommen. Eine Lösung weiß ich aber auch nicht.*

*Vielen  
Dank!*

*2. zum Thema „Jugendsozialarbeit  
an Schulen – Schulsozialarbeit Ausbau der Schulsozialarbeit an weiterführenden  
Schulen“ (Drucksache G-19-171)*

*Sehr geehrter  
Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

*meine  
Fraktion stimmt der Auswahl der weiterführenden Schulen für den Ausbau der  
Schulsozialarbeit an Schulen zu, wenngleich wir diese Auswahl für nicht  
ausreichend erachten.*

*Natürlich  
müssen wir die vom Amt für Schule und Bildung  
definierten Faktoren akzeptieren Lediglich vier Schulen finden  
Berücksichtigung. Zahlreiche Gemeinderatskolleginnen und Kollegen hatten sich  
im vergangenen und diesem Jahr in verschiedenen Schulen kundig gemacht und  
dabei feststellen können, dass weit mehr notwendig wäre, als dies mit der  
heutigen Beschlussvorlage passiert. Ich nenne hier stellvertretend die  
Emil-Thoma-Schule, die inzwischen ja keineswegs mehr eine Stadtteilschule ist.  
In dieser Schule sind Schüler aus allen Stadtteilen – auch mit einem hohen  
Migrationsanteil. Die Schüler verbringen praktisch den ganzen Tag in dieser  
Schule, sie ist fast schon ein Zuhause für viele Schüler. Die Belastung für die  
dort tätige Schulsozialarbeiterin geht weit über das Maß ihres derzeitigen  
Anstellungsvertrages hinaus. Aber das dürfte auch bei anderen weiterführenden  
Schulen der Fall sein.*

*Wir müssen  
uns langsam damit vertraut machen, dass in den Schulen neben den Lehrkräften  
auch ganz andere Fachkräfte gebraucht werden. Die Schul-Sozialarbeit ist nur  
ein Teilaspekt für eine gelungene Schullaufbahn, wenn auch ein enorm Wichtiger.*

*Vielen Dank!*

3. zum Thema „Durchgängige Sprachbildung in Freiburg“ (Umsetzung im DHH 2019/2020; Drucksache G-19-165):

*Sehr geehrter  
Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

*die Fraktion  
Freiburg Lebenswert/Für Freiburg stimmt selbstverständlich dem Aufbau der  
Modellverbände zur durchgängigen Sprachbildung in der geschilderten Reihenfolge  
zu.*

*Dass nach  
Landwasser und Zähringen weitere Stadtteile folgen müssen war voraussehbar,  
dass es gerade Betzenhausen sein wird, hat mich persönlich verwundert, aber bei  
dem Stadtteil mit einem der höchsten SGBII-Quoten und einem Migrationsanteil im  
städtischen Kindergarten von über 90%  
wird die Notwendigkeit dann auch schon klar.*

*Dass dieses  
Gesamtkonzept Durchgängige Sprachbildung nicht billig wird, wenn in allen fünf Mod-  
ellverbänden in jeder Grundschule  
eine Sprachfachkraft eingestellt werden soll, ist klar. Aber wir sind sicher,  
dass es dabei um eine absolut wichtige und lohnende Investition in die Kinder  
geht. Unbedingt sollte aber sichergestellt werden, dass das angedachte  
Rucksackmodell, das vor allem die betroffenen Eltern mit in die Sprachbildung  
einbezieht, baldmöglichst verwirklicht wird.*

*Eine  
Bemerkung zum Schluss: Es handelt sich um lehrende Sprachförderkräfte, aus  
meiner Sicht wäre hier das Land in der gleichen Pflicht, wie es bei Lehrern und  
Lehrerinnen ist. Die Kommunen haben mit  
dem Bau, der Unterhaltung und den Lehrmitteln weiß Gott genügend finanzielle  
Verpflichtungen, was unsere Schulen angeht. Forderungen an die Landesregierung  
in Stuttgart sind zu diesem Thema nach unserer Ansicht überfällig.*

*Vielen Dank!*